

# 25 Jahre Regionalagentur NiederRhein

## Eine Kultur des Dialogs in der nordrhein-westfälischen Arbeitspolitik

Nordrhein-Westfalen und die Region NiederRhein (Stadt Duisburg, Kreis Wesel, Kreis Kleve) konnten 2015 auf 25 Jahre regionalisierter Arbeits- und Strukturpolitik zurückblicken. In NRW werden bereits seit 1987 dezentrale und beteiligungsorientierte Politikansätze im Rahmen der Strukturpolitik umgesetzt und seit 1989 auch im Kontext der Arbeitspolitik. Auslöser dafür war die Kritik an der „quantitativ interventionistischen“ Umsetzung der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung“. Gefordert wurde stattdessen eine eigenständige Regionalpolitik, die nicht mehr von der zentralen, staatlichen Ebene, sondern maßgeblich von den regionalen Akteuren getragen werden sollte, inklusive arbeitsmarktpolitischer Zielsetzungen. Denn auch wenn die „Zukunftsinitiative Montanregionen“ (ZIM) und die „Zukunftsinitiative für die Regionen Nordrhein-Westfalens“ (ZIN) bei ihrer Entstehung als fachübergreifende, strukturpolitische Programme konzipiert waren, spielten arbeitspolitische Elemente bei ihrer Umsetzung kaum eine Rolle.

25 Jahre später hat sich in Nordrhein-Westfalen bei der Bearbeitung neuer regionaler Aufgaben längst „Regional Governance“ als Politikstil durchgesetzt, also das Zusammenspiel staatlicher, kommunaler und privatwirtschaftlicher Akteure. Im Koalitionsvertrag 2012 – 2017 haben sich die Regierungsparteien des Landes Nordrhein-Westfalen auf eine „Kultur des Dialogs“ verpflichtet und unterstreichen damit die ungebrochene Relevanz dieses Ansatzes als erfolgreichem Steuerungsmechanismus in der Politik.

Auch in den Regionen findet der Ansatz unverändert volle Unterstützung. Dr. Jens Stuhldreier, Geschäftsführer der Regionalagentur NiederRhein: „Die zentralen wirtschafts-, struktur- und arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen lassen sich nur in der Region lösen. Die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit der regionalen Akteure wollen wir deshalb auch in Zukunft nachhaltig stärken.“

Ganz ähnlich sieht das auch Dr. Stefan Dietzfelbinger, Hauptgeschäftsführer der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer: „Wir haben eine sehr starke Industrie entlang des Rheins und sind ein ausgezeichnete Logistik-Standort, wir sind stark in Tourismus, Dienstleistungen und neuen Technologien. Gegenüber Dritten müssen wir gemeinsam auf die Potenziale in der Region aufmerksam machen und das tun wir mit großem Erfolg seit mehr als 25 Jahren.“ Und Angelika Wagner vom DGB pflichtet ihm bei: „Nur über die Region können wir uns gemeinsam entwickeln.“

Warum sich der „Regional-Governance-Ansatz“ in Nordrhein-Westfalen durchsetzen konnte, brachte der vormalige Arbeits-



minister Guntram Schneider anlässlich der Feierlichkeiten zum 25-jährigen Jubiläum der Regionalagentur NiederRhein auf den Punkt: „Nordrhein-Westfalen mit seinen 18 Millionen Einwohnern und den Landesteilen Rheinland, Westfalen und Lippe ist kein monolithischer Block. Eine zentralistische Arbeitsmarktpolitik wird den unterschiedlichen Gegebenheiten in den Regionen und Quartieren nicht gerecht. Aus dieser Einsicht haben die damals politisch Verantwortlichen mit ihrer Entscheidung für eine regionalisierte Arbeitsmarktpolitik die richtige Konsequenz gezogen.“ Dabei lassen sich drei Phasen der regionalisierten Landesarbeitspolitik unterscheiden.

### **Regionalisierte Arbeitspolitik des Landes NRW seit 1990**

Im Jahr 1990 startete das Land Nordrhein-Westfalen mit einem neuen Konzept regionalisierter Landesarbeitspolitik. Im Vordergrund stand nunmehr die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Qualifizierungs- und beschäftigungspolitische Projekte sollten den Strukturwandel in den sogenannten Ziel 2-Regionen flankieren. Zur Umsetzung der regionalisierten Arbeitspolitik dienten neu eingerichtete Regionalkonferenzen bzw. regionale Beiräte sowie die Förderung einer regionalen Beratungs- und Informationsinfrastruktur in Form von Regionalsekretariaten.

Sie, die Regionalkonferenzen bzw. regionale Beiräte, gewährleisteten einen intensiven und regelmäßigen Dialog. Ihre Aufgabe bestand unter anderem darin, Partner der Beschäftigungs- und Strukturpolitik zusammenzuführen, einen Konsens über Strategien, Schwerpunkte und Prioritäten zu erzielen und das regionale

Entwicklungskonzept mit dem Schwerpunkt Beschäftigungs- und Qualifizierungspolitik fortzuschreiben.

Zur Seite standen ihnen 34 im Auftrag des Arbeitsministeriums NRW tätige Regionalsekretariate. Deren Aufgabenspektrum reichte von der Beratung von Initiativen, Projektträgern und Betrieben über die Sammlung, Verarbeitung und Aufbereitung von Informationen bis hin zur Planung und Initiierung neuer Maßnahmen unter beschäftigungs- und qualifikationspolitischer Zielsetzung für die jeweilige Region.

Standorte der beiden Regionalsekretariate in der Region Niederrhein waren die Stadt Duisburg und der Kreis Wesel. Seit Anfang der 1990er Jahre ließen sich so zahlreiche Maßnahmen und Projekte in der Region realisieren: Umschulungen von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Bergbaubeschäftigten, Existenzgründungen und sogenannte „integrierte Projekte“, die strukturpolitische Aufgaben wie die Reaktivierung von Industriebrachen sowie die Instandsetzung von leer stehenden Gebäuden und öffentlichen Parkanlagen in Kombination mit der Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen. Ergänzend dazu unterstützte das Land NRW die Kommunen bei der Finanzierung von Arbeitsförderungsprogrammen wie „Arbeit statt Sozialhilfe“, um langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger in eine geordnete sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu integrieren.

Mitte der 1990er Jahre gewann die so genannte präventive Arbeitsmarktpolitik an Gewicht. Beschäftigungstransfergesellschaften halfen, die Folgen von Betriebs-

stilllegungen und Personalabbau in der Industrie zu bewältigen. Mit Maßnahmen des Beschäftigungstransfers nach dem Motto „Qualifizieren statt Entlassen“ gelang in vielen Fällen der direkte Übergang von Arbeit in Arbeit.

Mit den beiden großen arbeitsmarktpolitischen ESF-Landesprogrammen „Qualifizierung, Arbeit, Technik, Reorganisation (QUATRO)“ und „Anpassung der Arbeitskräfte an den industriellen Wandel“ (ADAPT) förderte die nordrhein-westfälische Landesregierung die Fort- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen betrieblicher Modernisierungsmaßnahmen, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen. Leitziel war, dem Verlust von Arbeitsplätzen und Qualifikationen entgegenzuwirken sowie zukunftsorientierte Arbeitsplätze zu erhalten oder neu zu schaffen.

### **Neuer Fokus der präventiven Arbeitsmarktpolitik**

Mit der neuen EU-Programmphase ab 2000 änderte sich der Ansatz der präventiven Arbeitsmarktpolitik des Landes. Sie fokussierte sich jetzt nicht nur auf von Arbeitslosigkeit bedrohte Beschäftigte, sondern wendete sich generell an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus kleinen und mittleren Unternehmen sowie an die Unternehmen selbst. Maßnahmen der Qualifizierung sowie der Personal- und Organisationsentwicklung sollten die überfällige arbeitsorientierte betriebliche Modernisierung forcieren. Zum Einsatz kamen hier erstmalig die Potentialberatung sowie Verbund-, Modell- und Konzeptentwicklungsprojekte.

Gleichzeitig erhielt die Regionalisierung einen deutlichen Schub. Das Landesarbeitsministerium stellte den Regionen nunmehr

fest kalkulierte regionale Mittelbudgets zur Verfügung. Auf der Basis zu erstellender arbeitsmarktpolitischer Rahmenkonzeptionen einigten sich Land und Region auf Zielvereinbarungen zur Umsetzung und Gewichtung der verschiedenen Handlungsfelder.

Organisatorischer Ausgangspunkt der Kooperations- und Konsensstruktur war die regionale Arbeitsmarktkonferenz. Ihre wesentliche Aufgabe bestand darin, die Arbeitsmarktprogramme des Landes NRW und des ESF umzusetzen. Dabei konzentrierte sie sich auf die Förderung von Projekten und Initiativen, die unternehmens- und damit mittelstandsnah sowie branchenorientiert ausgerichtet waren, zugleich aber auch den Strukturwandel unterstützten. Über kooperativ angelegte Projektentwicklungen avancierte die Arbeitsmarktkonferenz zu einem aktiven Bestandteil korporatistischer Politikstrukturen vor Ort und wirkte entscheidend mit bei der Gestaltung einer regionalen Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik.

### Reorganisation der Landesarbeitspolitik zwischen 2004 und 2009

Im Jahr 2004 wurden – nach dem Vorbild auf Bundesebene – die Ressorts Wirtschaft und Arbeit in NRW in einem Ministerium zusammengeführt, dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (MWA). Gleich anschließend erfolgte eine Reduzierung der bislang 34 Regionalsekretariate auf 16 Regionalagenturen, deren regionaler Zuschnitt die räumliche Ebene der IHK-Kammerbezirke abbildete.

Um die Zusammenführung von Technologie-, Struktur- und Arbeitspolitik des MWA auch regional umzusetzen, wur-

den regionale Lenkungsstrukturen eingerichtet. Standort der Hauptstelle der Regionalagentur NiederRhein war das Amt für Statistik, Wahlen und Europaangelegenheiten der Stadt Duisburg, Standort der Nebenstelle beim Kreis Wesel die Entwicklungsagentur Wirtschaft (EAW).

Nach dem politischen Wechsel der Landesregierung (CDU/FDP) im Jahr 2005 standen die etablierten regionalen Strukturen zunächst einmal auf dem Prüfstand, blieben jedoch schließlich in den neu gebildeten regionalen Zuschnitten und mit ihrer Arbeitsweise, regionale Abstimmungen herbeizuführen, erhalten.

Mit Beginn der neuen EU-Förderphase ab 2007 lag der Schwerpunkt der Förderung eindeutig im Handlungsfeld „Jugend und Berufsausbildung“, klar erkennbar am Sonderausbildungsprogramm des Landes. Finanzielle Einbußen hingegen erlitten die Handlungsfelder „Beschäftigungsfähigkeit“ und „Integration von arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen“.

Parallel dazu fanden landesweit sogenannte Demografie-Konferenzen statt. Damit rückte das Thema demografischer Wandel zum ersten Mal explizit in den politischen Fokus des Landes NRW. Charakteristisch für die ESF-Landespolitik dieser Zeit war die Umorientierung von der Projektförderung zu Programmlinien, zur Koordinierung und Begleitung breitenwirksamer Programminitiativen wie Bildungsscheck, Potentialberatung für Unternehmen, Jugend in Arbeit plus oder Werkstattjahr für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz.

Für Ulrich Rauter, Geschäftsführer der Fachwerk.KreisWesel gGmbH in Moers, „haben speziell ESF-geförderte Projekte

etwa zur Stärkung der Erwerbstätigkeit von Frauen und zur Unterstützung von Berufsrückkehrenden der Region starke Impulse gegeben. So lässt sich Europa ganz konkret erleben, so entsteht eine europäische Identität.“

### Revitalisierung der regionalen Umsetzungsstrukturen ab 2010

Im Koalitionsvertrag definierte die rot-grüne Landesregierung 2010 eine Revitalisierung der regionalen Umsetzungsstrukturen: Die Lenkungsstrukturen übernehmen weiterhin die Funktion des regionalen Beirats für die arbeitsmarktpolitische Region. Ihre Aufgabe ist – ausgehend von der Analyse regionaler Stärken und Kompetenzen sowie unter Berücksichtigung der Landesarbeitspolitik – die Festlegung, Fortschreibung und politische Absicherung regionaler Entwicklungsstrategien. Sie sorgen für die regionale Abstimmung und Konsensfindung hinsichtlich regionaler Vorhaben, bündeln die Kräfte der Region und konstituieren sich deshalb aus den „Treibern“ der regionalen Entwicklung. Dazu zählen die Kommunen und Kreise genauso wie die Kammern und Sozialpartner, die Agenturen für Arbeit und Jobcenter, aber auch die institutionalisierte Frauenpolitik. Ihre fachliche Stellungnahme zu den einzelnen Projekten ist wichtige Fördervoraussetzung für die Entscheidungen im Arbeitsministerium NRW.

Bei Bedarf unterstützen themenspezifische Facharbeitskreise die Lenkungsstrukturen. Sie organisieren die Vernetzung und Kooperation der jeweiligen Fachexperten und -expertinnen und entwickeln regionale Förderkonzepte. Inhaltlich und organisatorisch unterstützt werden Lenkungsstrukturen und Facharbeitskreise von der Regionalagentur NiederRhein. Sie moderiert und

koordiniert heute im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales NRW gemeinsame Aktivitäten zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Verbänden, Bildungsträgern und Unternehmen in den einzelnen Förderprogrammen, unterstützt den Aufbau von Kooperationen und Netzwerken zu aktuellen Themen der Arbeitsmarktpolitik und entwickelt gemeinsame Strategien, beispielsweise bei den Themen Übergang Schule – Beruf und Fachkräftesicherung.

### **Beispiel: Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“**

In der Region Niederrhein steht nach Auskunft von Burkhard Landers, Präsident der IHK Niederrhein, die Stärkung des Ausbildungsmarkts und die Unterstützung der Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ im Zentrum der Aktivitäten. „Damit“, so Landers, „werden Zukunftsperspektiven für junge Menschen geschaffen und gleichzeitig Fachkräfte für die Betriebe gesichert.“

Zum Tragen kommt hier eine vor rund zehn Jahren begonnene und bis heute gültige strategische Neuausrichtung der Landesarbeitsmarktpolitik: die Zusammenführung von Programmen und Projekten unter ein inhaltliches Dach. Exemplarisch dafür steht der Bereich „Übergang Schule – Beruf“. Über die Jahre hinweg war zuvor ein extrem breit gefächertes Netzwerk an professionellen Unterstützungsangeboten für junge Menschen im Übergang von der Schule in den Beruf entstanden, das selbst für Fachleute kaum noch überschaubar war.

Mit der kommunalen Koordinierung des Übergangsgeschehens sind neue Organisations- und Kooperationsformen entstanden,

innerhalb derer auch die Regionalagenturen ihre Rolle und Aufgaben neu definieren und gegebenenfalls modifizieren müssen. Auch wenn die Regionalagenturen in diesem Handlungsfeld nicht zu den operativen Akteuren zählen, können und sollen sie den regionalen Austausch der Akteure herstellen, gemeinsam mit ihnen Strategien entwickeln und Kräfte bündeln. Im Ausbildungskonsens – dort sind sie Mitglied – können sie das Thema angemessen platzieren und verdeutlichen, welchen Stellenwert hier Landesangebote wie z. B. Jugend in Arbeit plus oder die Produktionsschulen haben können oder wie eine Verzahnung mit den in den regionalen Handlungsplänen zur Fachkräftesicherung beschriebenen Zielsetzungen hergestellt werden kann.

Das stellt zugleich neue Anforderungen an Kompetenz und Vorgehen der Akteure; Ute Mankel, Abteilungsleiterin der Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung (G.I.B.): „Wir müssen alle regionalen Einrichtungen, von den regionalen Beiräten über die Arbeitsmarktkonferenzen bis hin zu den Konsensrunden, so zusammenführen, dass ideale Partnerschaften entstehen.“

### **Beispiel: Initiative der Fachkräftesicherung des Landes NRW**

50.000 Fachkräfte werden bis zum Jahr 2030 allein am Niederrhein fehlen. Gesucht sind nicht nur Akademiker, sondern vor allem Industriemechaniker und Kaufleute, aber auch Köche. Weil der Fachkräftebedarf regional- und branchenspezifisch unterschiedlich ausgeprägt ist, gibt es aber kein flächendeckend einheitliches Angebot des Landes, vielmehr werden die regionalen Herausforderungen mit regionalen Lösungen verknüpft.

Entstanden ist so ein eng auf die Regionen bezogener „Gemeinsamer Projektauftrag der Programme des ESF und des EFRE (2014 – 2020) zur Initiative der Fachkräftesicherung des Landes NRW“, der in den und durch die Regionen umgesetzt wird. Während die zentrale Steuerung auf Landesebene erfolgt, veranlassen die Regionalagenturen die Aufstellung regionaler Handlungspläne, die spezifische Bedarfe der Region und Schritte zur Veränderung konkret benennen. Die Regionen selbst ordnen ihre jeweilige Strategie in die Themenbereiche der Landespolitik ein und richten sich entsprechend aus.

Zwingend erforderlich ist eine finanzielle Beteiligung, eine Kofinanzierung der regionalen Akteure – in diesem Fall meist wirtschaftsnahe regionale Institutionen. Sie sollen die Fachkräftesicherung aktiv angehen und ihre Interessenlage durch finanzielle Beteiligung zum Ausdruck bringen.

Die auf Basis konkreter Bedarfe erstellten Handlungspläne werden in den regionalen Lenkungsstrukturen abgestimmt („regionales Votum“) und sind Grundlage für eine mögliche Förderung durch das Land. Die Auswahl der Projekte übernimmt ein interministerielles Gremium. Die abschließende Entscheidung für eine Projektbewilligung fällt bei den ESF- und EFRE-spezifischen sogenannten zwischengeschalteten Stellen „AG Einzelvorhaben“ (ESF) und Bezirksregierungen (EFRE).

Die AG Einzelvorhaben fungiert nach dem Willen der EU-Kommission auch als Entscheidungsgremium für den ESF-Strukturfonds in NRW, zum Beispiel auch für alle Projekte, die unter dem Dach der fondsübergreifenden Aufrufe (Fachkräfteauftrag, Starke Menschen – Starke Quartiere) aus dem ESF gefördert werden sollen.

In den Regionen haben die EU-Vorgaben zu Irritationen geführt. Sie fragten sich, welche Bedeutung regionale Stellungnahmen bei ESF-kofinanzierten Projekten in Förderentscheidungen überhaupt noch einnehmen. Für Klärung gesorgt hat ein Schreiben von Roland Matzdorf, Leiter der Abteilung Arbeit im MAIS NRW, in dem die „herausragende Bedeutung“ der regionalen Stellungnahmen hervorgehoben wird. „Nur vor Ort kann beurteilt werden, welchen spezifischen arbeitspolitischen Herausforderungen begegnet und welche Akteure in die Umsetzung von Projekten eingebunden werden müssen oder wie ein einzelnes Modell in die Regelstrukturen vor Ort eingebunden sein muss, um seine Wirkung entfalten zu können. Deshalb verlässt sich die AG Einzelprojekte bei der Entscheidungsfindung auf die fachliche Stellungnahme unserer Partner in den Regionen.“ Also ein eindeutiges Statement für die ungebrochene Relevanz von „Regional Governance“.

### Neue Regionale Konfigurationen

In den letzten Jahren sind unterschiedliche regionale Konfigurationen entstanden. Neue Regionen wie zum Beispiel die Metropole Ruhr, die Region Südwestfalen, der Zweckverband Region Aachen oder die Innovationsregion Rheinisches Revier stehen heute neben älteren Formen der regionalen Zusammenarbeit. „Diese Entwicklungen zeigen, dass die Regionen zur Selbstorganisation fähig und inzwischen auch flexibel genug sind, auf globale Entwicklungen passende regionale Antworten zu finden“, sagt Dr. Jens Stuhldreier, Geschäftsführer der Regionalagentur NiederRhein.

Die Bedeutung von Regionen wächst nach seiner Erkenntnis auch aus anderen Grün-

den: Im internationalen Wettbewerb sind sie besser wahrnehmbar. Bernd Pastoors, Geschäftsführer des Theodor-Brauer-Hauses in Kleve: „Wir sind schon lange grenzüberschreitend aufgestellt, haben also keinen kleinräumigen Regionalbegriff. Aber wir sehen als Arbeitsmarkregion Niederrhein immer noch zu wenig auf die Niederlande. Hier wollen wir uns mehr austauschen, um die neuen Chancen zu nutzen. Die regionalisierte Arbeitsmarktpolitik jedenfalls befördert das Thema geografische Mobilität von Arbeit und Arbeitskräften.“

Klar ist: Die schwierige Finanzlage in vielen Kommunen ist besser zu bewältigen, wenn Kommunen zusammenarbeiten. Viele fachliche Aufgaben sind auf der Ebene der Städte kaum noch lösbar (Verkehr, Tourismus, Energiestrassen etc.). Netzwerke und Cluster machen an den Stadtgrenzen nicht halt. Kurzum: Die Lösung demografischer Probleme ist eher in regionalen Handlungsansätzen möglich.

Und nicht zuletzt lassen sich ökonomische Strategien des Landes eher auf einige Regionen als auf zahlreiche Städte und Gemeinden anwenden und umsetzen. Der Einsatz öffentlicher Mittel ist zielgerichteter und effektiver. Die Landesregierung stärkt die Regionen, um ihre Potenz im internationalen Standortwettbewerb auszubauen und sie als feste Partner der Wirtschaftspolitik des Landes zu etablieren.

Ein weiteres Beispiel für die Förderung kommunaler Kooperationen ist das vom Wirtschaftsministerium aufgelegte integrierte Strukturprogramm, der Aufruf „Regio.NRW – Starke Regionen, starkes Land. Gesucht: Ideen für mehr Innovati-

#### ANSPRECHPARTNERIN IN DER G.I.B.

Ute Mankel, Tel.: 02041 767-159  
u.mankel@gib.nrw.de

#### KONTAKT

Regionalagentur NiederRhein  
Stadt Duisburg, Stabsstelle für Wahlen,  
Europaangelegenheiten und  
Informationslogistik  
Bismarckplatz 1, 47198 Duisburg  
Dr. Jens Stuhldreier, Tel.: 0203 2834208  
j.stuhldreier@regionalagentur-niederrhein.de

#### AUTOR

Paul Pantel, Tel.: 02324 239466  
paul.pantel@arcor.de

onen in den Regionen“. Ziel ist, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Regionen zu stärken.

Hier entwickeln die Regionen in Abstimmung mit dem Land integrierte Handlungskonzepte, die in konkrete Projektvorschläge münden. Strukturpolitische Vorstellungen des Landes und regionale Entwicklungs-ideen werden so miteinander verzahnt, um gemeinsam die individuellen Stärken für die größere Gemeinschaft zu nutzen.

In Erinnerung an die Tradition regionaler Entwicklungskonzepte – „eine Erfolgsgeschichte“ – schaut IHK-Präsident Burkhard Landers zuversichtlich in die Zukunft: „Mit der neuen Strukturförderperiode bis 2020 fördern Europa und das Land NRW integrierte und sektorenübergreifende Handlungskonzepte. In unserer Region werden regionale Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik seit jeher aus einer Hand gesteuert, nämlich von der Regionalagentur NiederRhein!“

Dr. Jens Stuhldreier von der Regionalagentur NiederRhein ist sich sicher: „Nordrhein-Westfalen benötigt starke Regionen, nur dann wird der Standort im internationalen und überregionalen Wettbewerb bestehen.“ Deutlich ist, dass NRW an den regionalisierten Politikansätzen auch in den nächsten Jahren festhalten und diese auch weiterhin nicht nur für die Umsetzung von ESF-Landesprogrammen, sondern auch für die Umsetzung landespolitischer Initiativen und als Gestaltungsraum für Innovationen nutzen wird.